

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,  
Meine sehr geehrten Damen und Herren,

wir haben heute den 25.09.2025 und werden, hoffentlich, den städtischen Haushalt beschließen. Mit 268 Tagen Verspätung. 268 Tage, in denen nur die gesetzlichen Pflichtaufgaben ausgeübt werden konnten. 268 Tage, in denen sämtliche freiwillige Leistungen, sei es im Vereinsleben oder im kulturellem Bereich, schlichtweg nicht erbracht werden konnten.

Bedenklich in meinen Augen. Besonders im Hinblick auf die geltende Rechtslage. § 94 Abs. 3 der Hessischen Gemeindeordnung definiert den Beginn des Haushaltsjahres zum 01. Januar. Schlicht und ergreifend.

Zusätzlich hat dieses Gremium 2023 einen flankierenden Beschluss gefasst: die zukünftigen Haushaltspläne sind frühzeitig der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen. 268 Tage Verzögerung sind schlichtweg nicht hinnehmbar.

Nun, immerhin haben wir durch den vorgelegten Doppelhaushalt für das Haushaltsjahr 2026 keine zusätzliche Verzögerung und Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben. Immerhin.

Und betrachte ich den Einsatz des neuen Fachbereichsleiters Finanzen, Herr Rosen, der mit seinem Team innerhalb kürzester Zeit den heute zu beschließenden Doppelhaushalt auf die Beine gestellt und die Aufgliederung transparent und nachvollziehbar gestaltet hat. Top. Gelungene Haushaltsklarheit.

Ein klares Lob an dieser Stelle an die Verwaltung. Auch im Hinblick auf die Haushaltsanträge und Konkretisierung der Sachkonten und Maßnahmen. Es geht doch und ich bin guter Dinge, dass die zukünftigen Haushalte wieder zeitnah eingebracht werden. Gerne im Oktober, November nächsten Jahres.

Und es gibt noch einen anderen interessanten Nebeneffekt, die eine um 268 Tagen verzögerte Haushaltseinbringung in sich birgt. Den Haushaltsabschluss des Vorjahres. Nun, ehrlich gesagt haben wir den konkreten Abschluss 2024 nicht, nur informell sind wir grob informiert worden.

Ich mahne dringlich die Einbringung in den Magistrat und nachfolgende Information der Stadtverordnetenversammlung an. Der Beschluss des Doppelhaushaltes 2025/2026 hier in diesem Gremium ist das eine, die Genehmigung durch die Finanzaufsicht das andere. Und diese gibt es nur mit dem Abschluss 2024. Denn es wäre absurd, wenn dieses Gremium innerhalb kürzester Zeit den vorgelegten Doppelhaushalt beschließt, dessen Inkrafttreten sich dann aber noch unnötig verzögern würde.

Doch was war der informelle Magic-Moment des vorhergehenden Haushaltsjahres? Statt eines hohen Minus von prognostizierten über 8 Millionen Euro sind wir bei einem Plus von fast 2 Millionen Euro angekommen. Durchaus erfreulich und zu einem hohen Teil den positiven Gewerbesteuererinnahmen geschuldet.

Aber auch den nicht verausgabten Mitteln aus der Position 13. Kein Haushaltsjahr vergeht, ohne dass die hier eingeplanten Haushaltsmittel nicht verausgabt werden und zum Abschluss des konkreten Haushaltsjahres zu einer finanziell erfreulichen Abmilderung der Prognosen führt.

In 2024 reden wir hier über unglaubliche 1,91 Millionen Euro. Ich hege auch in diesem Haushaltsplanentwurf die Zweifel, dass die eingestellten Mittel dieser Position nicht dem Grundsatz der Haushaltswahrheit entsprechen werden.

Denn warum sollte man die Einnahmeseite durch Steuererhöhungen steigern, wenn die Ausgabeseite unpräzise sind?

Insoweit bin ich froh, dass dem Antrag meiner Fraktion auf aufkommensneutrale Umsetzung der Grundsteuer A und B zugestimmt wurde. Unzählige hessische Kommunen haben die Gunst der Stunde genutzt und eine Erhöhung der Grundsteuer veranlasst.

Meine Damen und Herren, es war die richtige Entscheidung die Dieburger Bürgerinnen und Bürger nicht zusätzlich grundlos zu belasten. Ich sagte es im letzten Jahr, ich wiederhole es in diesem: Keine Erhöhung der Grundsteuer A und B oder der Gewerbesteuer mit der SPD.

Doch wie passt dies in das Bild der Haushaltseinbringung? Wir blicken zurück: Düster sieht es aus. Nun, das tut es eigentlich bei jedem eingebrachten Haushalt in Dieburg. Die apokalyptischen Reiter der finanziellen Handlungsunfähigkeit ziehen drohend am Horizont auf und lassen aktuell 2029 den Schuldenstand fatal erscheinen.

Natürlich muss man an dieser Stelle ausführen, dass alle geplanten Vorhaben und Maßnahmen im Haushalt dargestellt werden müssen. Und natürlich sieht es dann düster aus, obwohl einem jeden hier klar ist, dass die Umsetzung aller Maßnahme zum Prognoseende des Haushaltsplanes, aktuell 2029, nicht realistisch ist.

Und auch die an die Verwaltung übermittelten Kennzahlen, die für die Fünfjahresprognose die rechnerische Grundlage bilden, verändern sich jedes Jahr. Klar muss man sie verwenden, aber es ist doch ein offenes Geheimnis, dass sie 2026 schon wieder überholt sein werden.

Alles in allem gibt es zumindest Licht am Ende des Haushaltstunnels. Der verantwortungsvolle Umgang mit den bestehenden Ressourcen, sei es in finanzieller

oder auch personeller Hinsicht, sind hier das A und O einer zukunftsorientierten und leistungsfähigen Verwaltung.

Beispiel gefällig? Die Ausgaben für die Kindertagesstätten sind ohne Fragen sinnvoll und notwendig, gleichwohl eine hohe finanzielle Belastung des kommunalen Haushaltes.

Mögliche Kostenerstattungen von Seiten der Kindertagesstättenbetreiber sind in unserem Haushaltsplan aufgeführt, nur liegen bei einigen seit 2022 keine Abschlüsse vor.

Kann das angehen? Definitiv nicht. Die Stelle Controlling Kitas ist weiterhin nötig, jedoch unbesetzt. Von Seiten der Verwaltung wurde schon informiert, dass dies nach den Haushaltsberatungen geklärt werden soll. Es ist dringlich.

Ebenso dringlich wie die noch ausstehenden großen Projekte in Dieburg. Dieburg Süd, die Feuerwehr, Allmendländer, oder der städtische Betriebshof, man könnte die Liste leider noch fortsetzen. Und hier sind mahnende Worte notwendig und angebracht.

Nehmen wir den Betriebshof. Am 20.09.2018 wurde durch die Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich beschlossen, dass der Magistrat beauftragt wird, mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln und jedwedem erforderlichen Nachdruck mit der Entwicklung des Areals Altheimer Straße für den möglichen Neubau eines Betriebshofes zu beginnen. Gut, Haushaltsmittel für 2029 einzustellen zeugt nicht unbedingt von einer Priorisierung. Doch dazu später mehr.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Dieburg benötigt Entscheidungen. Langwierige Gutachten und Auswertungen, Rückfragen um Rückfragen an die Verwaltung, Zerfaserung der vorhandenen Arbeitskapazitäten und manch eine Ausschusssitzung deren Erkenntnisgewinn... nennen wir es doch mal freundlich gering, ist, hemmen die Entwicklung unserer Stadt.

Priorisieren wir die realistischen, die realisierbaren Projekte hier in Dieburg, ohne nicht einhaltbare Zeitschienen. Der Magistrat und die Verwaltung sind in der Pflicht, aber meine sehr verehrten Damen und Herren, ebenso wir als Stadtverordnete.

Und dass dieses Gremium den Blick über den fraktionsinternen Tellerrand werfen kann, belegt der respektvolle inhaltliche Austausch über unsere Haushaltsanträge. Ist das allgemeiner kommunalpolitischer Usus einer Stadtverordnetenversammlung? Mitnichten. Kostet es Zeit? Klar. Sind wir alle einer Meinung? Niemals. Aber die wichtigste Frage: Dient es dem Wohl unserer Stadt? Ein absolutes und klares ja.

Auch in diesem Jahr gibt es wieder gemeinsame, fraktionsübergreifende Anträge. Richtig so.

Und ehrlich gesagt bin ich ein absoluter Fan von dieser Vorgehensweise. Und ich hoffe aus tiefstem Herzen, dass die nächste Stadtverordnetenversammlung dieses Vorgehen beibehält. Ich drücke Dieburg die Daumen, dass die offene und respektvolle Kommunikation in unserer Kommunalpolitik erhalten bleibt.

Doch komme ich nun zum Schluss, weil irgendwann mal Schluss sein muss.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und freue mich auf eine konstruktive Entscheidungsfindung zu unserem Doppelhaushalt 2025/2026.

Besten Dank. Habe die Ehre.